

Offener Brief an den
Wirtschaftsminister
Ernst Pfister MdL
Theodor-Heuss-Str. 4
70174 Stuttgart



09-02-2008

Klima- und Umweltbündnis Stuttgart Manfred Niess, Kernerstr. 22b 70182 Stuttgart
www.KUS-Stuttgart.de

Sehr geehrter Herr Pfister,

Eine gute und sichere Energieversorgung entscheidet über den Aufstieg oder Fall von Volkswirtschaften. Liest man das Energiekonzept Baden-Württemberg 2020, kann es einem in vieler Hinsicht Angst und Bange um die hiesige Wirtschaft werden.

Wir möchten in unserer Stellungnahme auf folgende Punkte eingehen:

1. Das Pentagon und viele Think Tanks in den USA sind besorgt, weil ihr Land zu 60% von Energie aus dem Ausland abhängig ist. Die Primärenergie in Baden-Württemberg kommt zu über 90% aus dem Ausland (rechnet man die Steinkohle dazu, die künftig aus Australien kommen wird). Uran muss zu 100% eingeführt werden. Der überwiegende Teil dieser Energie kommt aus Russland. Wie Herr Putin mit unbotmäßigen Nachbarn in der Energie umgeht, konnte man an den Beispielen Ukraine und Weißrussland sehen. Daher würde man von einer verantwortungsbewussten Regierung eine Strategie erwarten, die diese Abhängigkeit vermindert und die heimischen Energieträger ausbaut. Diese ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen.
2. „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je gesehen hat.“ (Sir Nicolas Stern). Wenn der Markt versagt, dann muss der Staat die lebenswichtige Energieversorgung selbst in die Hand nehmen. In Baden-Württemberg hingegen wird dieses Feld hauptsächlich der Privatwirtschaft und der EnBW überlassen. Die EnBW wird es schon richten! Sieht so eine weitsichtige Politik aus?
3. Sowohl der Stern-Bericht als auch die IPCC-Berichte warnen eindeutig vor einem globalen Temperaturanstieg des Klimas um mehr als 2 Grad. Als Konsequenz fordern sie die Regierungen zu raschem und tatkräftigem Handeln auf. „Der Nutzen von entschlossenem Handeln übersteigt die Kosten des Nichtstuns bei weitem.“ (Sir Nicolas Stern).
Welche Vision hat das Energiekonzept? „Der Anteil der erneuerbaren Energien am

Primärverbrauch soll im Jahr 2020 mindestens 12% betragen, mit anderen Worten: Business as usual“ – das, was wir uns laut Sir Nicolas Stern nicht mehr erlauben können.

4. Mehr als 80 % der Deutschen befürworten erneuerbare Energien, 65% sind gegen Atomkraftwerke. Der Wirtschaftsminister, oder um genauer zu sein, die EnBW setzen auf Kernkraft, da der Staat ja keine Veranlassung sieht, sich groß im Energiebereich zu betätigen. „Die Landesregierung geht mit Blick auf das Jahr 2020 bei der Energieumwandlung von einem Energiemix von 50% Kernenergie, 30% Gas und Kohle und 20% erneuerbare Energie aus.“ (S.50) Damit verstößt die Regierung nicht nur eklatant gegen den Wählerwillen. Sie widerspricht auch ihrem eigenen Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Mit Uran gibt es keine Versorgungssicherheit, da es zu 100% aus dem Ausland eingeführt werden muss, aus Russland, Südafrika, Kanada und Australien. Außerdem wird es ab ca. 2013 für die jetzt laufenden Atomkraftwerke ein Versorgungsproblem mit Uran geben. Nach einem Bericht des ehemaligen Umweltministers Michael Meacher (Guardian Weekly July 21-27, 2006, p.17) wird im Moment nur für 220 der 440 laufenden Atomkraftwerke ausreichend Uranerz abgebaut. Die andere Hälfte kommt aus den abzuwrackenden Atomsprengköpfen der USA und aus Russland. Dieses Uran aus Atomsprengköpfen reicht nach Analyse des englischen Umweltministeriums noch bis 2013. Danach gibt es ein großes Nachschubproblem.

Atomenergie ist auch nicht wirtschaftlich, wie das Beispiel der WAK Karlsruhe zeigt: 1990 wurden die Kosten für den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage auf eine Milliarde EURO geschätzt. Inzwischen hat es eine Kostenexplosion auf 2.17 Milliarden EURO gegeben. Die Kosten gehen hauptsächlich zu Lasten des Bundes und des Landes, weil sie für die Industrie auf 1 Milliarde gedeckelt worden sind. Nur mit den Subventionen des Staates ist die Atomenergie „billig“.

Nur Zyniker können behaupten, die Atomenergie sei umweltverträglich. Es gibt auf der ganzen Welt kein einziges Endlager für den jahrtausende strahlenden Atom Müll. Die Enquete- Kommission des Bundestages hat festgestellt, dass die Atomkraft nicht nachhaltig ist.

Mit ihrer Prognose, dass im Jahr 2020 die Energie zu 50% durch Atomkraft abgedeckt wird, verliert die Regierung auch jeden Bezug zur Realität. Nach dem Beschluss der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomkraft, wird in Baden-Württemberg im Jahr 2019 nur noch ein Atomkraftwerk am Netz sein. Damit kann man beim besten Willen nicht 50% der Energie in Baden-Württemberg erzeugen.

5. In den Erneuerbaren Energien sind 2007 weit über 200 000 Menschen beschäftigt, in den Atomkraftwerken ca. 30 000. Bei einem Ausbau der Erneuerbaren Energien erwartet die EU europaweit über 2 Millionen Arbeitsplätze, einen großen Teil davon in Deutschland, vor allem in mittelständischen Betrieben. Aufgabe einer Wirtschaftspolitik, die diesen Namen auch verdient, wäre die Schaffung von möglichst vielen langfristigen und sicheren Arbeitsplätzen. Indem die Regierung auf Kernkraft setzt, verspielt sie die Chance auf einen lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung.
6. Die deutschen Windkrafthersteller sind Weltspitze, Deutschland ist führend bei der Produktion von Windenergie. Bundesländer wie Sachsen-Anhalt und Brandenburg haben eine Leistung von 2533 bzw. 3128 MW. Baden-württembergische

Landespolitiker haben ein ästhetisches Problem damit. Daher werden in Baden-Württemberg nur 325 MW erzeugt – vorletzter Platz aller Bundesländer - obwohl die Windkraft viele Arbeitsplätze im Maschinenbaubereich des Landes schafft.

7. Eine gute Wirtschaftspolitik versucht die Wertschöpfung im Lande zu behalten. Führt man Energieträger aus dem Ausland ein, fließt unsere Wertschöpfung ins Ausland ab. Daher sollte der Schwerpunkt auf heimischer Energie liegen. Damit wird man auch langsam unabhängig von Öl aus Libyen und Gas und Uran aus Russland.

Das Klima- und Umweltbündnis Stuttgart findet es unfassbar, dass die Landesregierung die drohende Klimakatastrophe ignoriert und die Devise „business as usual“ ausgibt. Es ist arrogant, die Meinung der Bürger beiseite zu schieben und stattdessen den Lobbyinteressen der Stromwirtschaft nachzugeben. Mit dieser kurzsichtigen, verantwortungslosen und rückwärtsgewandten Energiepolitik gefährdet die Landesregierung mittel- und langfristig den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, weil sie den Boom auf einem der wichtigsten Zukunftsmärkte verschläft. Wie man ein zukunftsfähiges Energieprogramm gestalten kann, zeigt die Landesregierung Sachsen. Im Energieprogramm ist dort zu lesen: Zentrale Begriffe im Leitbild sind Nachhaltigkeit und Effizienz. Die Energiewende muss im Einklang von Ökonomie und Ökologie stehen. Die Energiewirtschaft muss auf heimische Energiequellen und auf einer zunehmend dezentralen Energiegewinnung ausgerichtet werden (www.sachsen-energie.de). Dem ist nichts hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen